

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| 32. Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 und zur Tiroler Gemeindevahlordnung 1994   | 36. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2014                         |
| 33. TROG-Novelle – Information über die Übertragung von Aufgaben der passiven Breitbandinfrastrukturen auf die Planungsverbände | 37. Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2012 bis 2014  |
| 34. Zur Rechtsstellung des übergangenen Nachbarn in der Tiroler Bauordnung  | 38. Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2015               |
| 35. Aktuelle Entscheidungen des VwGH zur Revisionslegitimation der Gemeinde in Verfahren im eigenen Wirkungsbereich             | 39. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2015    |
|   | <i>Verbraucherpreisindex für Juni 2015 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

## 32.

### Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 und zur Tiroler Gemeindevahlordnung 1994

Im Juli-Landtag 2015 wurde eine Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 zur Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 beschlossen, die – auf das Wesentliche zusammengefasst – nachstehende Neuerungen beinhaltet:

#### **Bestandsänderungen, Änderung von Gemeindevahlen**

Für Änderungen im Bestand von Gemeinden nach § 4 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGBl. Nr. 36 (in der Folge kurz: TGO) und von Namensänderungen von Gemeinden nach § 9 Abs. 2 leg. cit. ist bekanntlich eine Genehmigung in Form einer Verordnung der Landesregierung erforderlich. In diesen Fällen kann die Anlage hinsichtlich des Gemeindebestandes und der authentischen Schreibweise der Namen der betroffenen Gemeinden daher bloß deklaratorischen Charakter haben, was nunmehr durch eine entsprechende Anordnung im neuen § 3 Abs. 2 TGO ausdrücklich klargestellt wird.

Eine Klarstellung in diesem Sinn ist auch im Gesetz über die Organisation der Bezirkshauptmannschaften, LGBl. Nr. 11/1977, – die entsprechende Novelle wurde ebenfalls im Juli-Landtag beschlossen – erfolgt.

#### **Klärung der Funktion des Gemeindevorstandes in Bezug auf oberbehördliche Befugnisse**

In Anlehnung an § 41 des Innsbrucker Stadtrechtes 1975, LGBl. Nr. 53, wird im § 17 Abs. 2 TGO ausdrücklich normiert, dass dem Gemeindevorstand ungeachtet der Einrichtung einer erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit weiterhin oberbehördliche Befugnisse zukommen. Dazu zählt beispielsweise die amtswegige Abänderung und Behebung von Bescheiden nach § 68 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51.

#### **Ersatzmitglieder des Gemeinderates in den Ausschüssen**

Bisher mussten die Mitglieder und allfällige Ersatzmitglieder von Ausschüssen Mitglieder des Gemeinderates sein. Ersatzmitglieder des Gemeinderates konnten einem Ausschuss sohin nicht angehören. Mit Entschließung vom 13. November 2014, Zl. 196/14, hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Tiroler Gemeindeordnung 2001 im Rahmen der nächsten Novelle dahingehend zu ändern, „dass auch angelobte Ersatzmitglieder einer im Gemeinderat vertretenen Wählergruppe zu stimmberechtig-

*ten ständigen Mitgliedern von Ausschüssen bestellt werden können, sofern es sich nicht um selbstständige Ausschüsse bzw. Ausschüsse mit Organqualität handelt.“*

Entsprechend dieser EntschlieÙung wird die Bestimmung betreffend die Zusammensetzung der Ausschüsse des Gemeinderates geändert und die mögliche Mitgliedschaft in einem Ausschuss auch auf den Kreis der Ersatzmitglieder des Gemeinderates ausgedehnt. Dies gilt jedoch neben den in der LandtagsentschlieÙung ausdrücklich genannten Ausschüssen mit Organqualität nicht für den Prüfungsausschuss nach § 109 TGO, zumal angesichts der weitgehenden Befugnisse dieses verpflichtend einzurichtenden und für die Gebarungsprüfung der Gemeinde zentralen Kontrollgremiums eine Besetzung ausschließlich mit Gemeinderatsmitgliedern als erforderlich angesehen wird.

Konsequenterweise können Ersatzmitglieder des Gemeinderates künftig auch zu Ersatzmitgliedern von Ausschüssen bestellt werden (siehe den in diesem Sinn ebenfalls neu gefassten § 83 Abs. 2 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994, LGBl. Nr. 36).

#### **Angehörigenbegriff im Zusammenhang mit den Befangenheitsregeln**

Die Regeln über die Befangenheit der Mitglieder der Kollegialorgane knüpften unter anderem daran an, in welchem Grad der Organwalter mit einer Person, die von einer von ihm zu treffenden Entscheidung betroffen ist, verwandt oder verschwägert ist (§ 29 Abs. 1 lit. a TGO). Abgesehen davon, dass dabei auf heute kaum noch gebräuchliche Bezeichnungen von Verwandtschaftsverhältnissen („Geschwisterkind“) zurückgegriffen wurde, unterscheidet sich auch der solcherart umschriebene Personenkreis von jenem, der bei einem Organwalter, der im Rahmen eines Verfahrens nach den Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 oder der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, tätig wird, eine Befangenheit aufgrund einer familiären Nahebeziehung bewirkt. So kannte etwa § 29 TGO keine Befangenheit bei eingetragenen Partnern oder Kindern und Enkeln von Lebensgefährten.

Im Ergebnis galten daher für ein Mitglied eines Kollegialorgans unterschiedliche Befangenheitsregeln, je nachdem, welche der genannten Rechtsvorschriften im Anlassfall anzuwenden waren.

Diese Differenzierung, die in der Praxis immer wieder zu Schwierigkeiten geführt hat, wurde daher beseitigt, indem eine inhaltliche Angleichung der Angehörigenbegriffe in den für die Mitglieder von Kollegialorganen der Gemeinden einschlägigen Befangenheitsbestimmungen vorgenommen wurde.

Im § 29 Abs. 1 lit. a TGO wird daher künftig – wie im Übrigen auch in den Unvereinbarkeitsregeln für die Bestellung des Finanzverwalters im § 104 Abs. 2 TGO – auf den Angehörigenbegriff des § 36a AVG verwiesen.

#### **Verhandlungsunterlagen**

Mit EntschlieÙung vom 6. Februar 2014, Zl. 442/13, hat der Landtag beschlossen, bei der nächsten Überarbeitung der Tiroler Gemeindeordnung 2001 „eine Überarbeitung der Einsichtsrechte in Verhandlungsunterlagen (§ 40) unter Einbeziehung des Gemeindeverbandes vorzunehmen.“

Vor diesem Hintergrund wurde § 40 erster Satz TGO um eine demonstrative Aufzählung der dort genannten Verhandlungsunterlagen ergänzt, sodass künftig kein Zweifel mehr daran bestehen kann, dass auch Verträge, Pläne und dergleichen, sohin letztlich alle für die Kenntnis des Inhalts der Verhandlungsgegenstände erforderlichen Unterlagen, zu diesen gehören, sowie ein Anspruch auf Anfertigung von Kopien bzw. Ausdrucken festgelegt. An den bestehenden Verschwiegenheitspflichten ändert sich durch diese Neuregelung nichts, sodass entsprechend sorgsam mit den aus der Einsichtnahme gewonnenen Informationen und allenfalls angefertigten Kopien bzw. Ausdrucken umzugehen sein wird.

#### **Umlaufbeschlüsse des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse**

Die Neufassung des § 48 Abs. 6 soll es, dem Beispiel anderer Länder folgend, künftig ermöglichen, Beschlüsse im Gemeindevorstand und in den Ausschüssen in dringenden Fällen im Umlaufweg zu fassen. Dringlich wird eine Angelegenheit insbesondere dann sein, wenn eine Beschlussfassung im Rahmen einer regulären Sitzung angesichts der einzuhaltenden Einberufungsfristen nicht mehr rechtzeitig herbeigeführt werden kann.

#### **Amtsleiter**

Neu ist auch, dass die Verpflichtung, zur Leitung des inneren Dienstes des Gemeindeamtes einen rechtskundigen Bediensteten zum Amtsleiter zu bestellen, künftig bereits in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern greifen wird. Die Herabsetzung der bisherigen Grenze von mehr als 10.000 Einwohnern ist vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren stetig gewachsenen Anforderungen an die Gemeindeverwaltung zu sehen und scheint nicht zuletzt auch deswegen vertretbar, weil in zahlreichen Gemeinden dieser Größenordnung bereits jetzt rechtskundige Bedienstete als Amtsleiter bestellt sind.

Durch entsprechende Übergangsbestimmungen wurde zudem klargestellt, dass in Gemeinden mit mehr als 5.000

Einwohnern erst im Fall einer Neubestellung ein rechtskundiger Bediensteter zum Amtsleiter zu bestellen ist, so dass derzeit im Amt befindliche Amtsleiter selbstverständlich weiterhin als Amtsleiter tätig sein dürfen und als solche auch wiederbestellt werden können.

#### **Kontokorrentkredite und Rechtswirksamkeit von aufsichts- behördlichen Genehmigungen**

Anders als im § 30 Abs. 1 lit. o TGO wurde im § 123 Abs. 1 lit. a TGO nicht zwischen der Aufnahme von Krediten und der Ermächtigung zur Aufnahme eines Kontokorrentkredites differenziert. Hält man sich den Regelungszweck der aufsichtsbehördlichen Genehmigungspflicht für Kreditgeschäfte der Gemeinde vor Augen, so kann nicht zweifelhaft sein, dass auch Kontokorrentkredite einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedürfen. Auch wenn Kontokorrentkredite seit jeher Gegenstand von aufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahren sind, werden diese nunmehr bei den genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften ausdrücklich erwähnt.

Rechtsgeschäfte, die einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedürfen, sind bis zu deren Erteilung schwebend unwirksam (Brandmayr/Ludwig, Kommentar zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 [2004] 300). Mangels näherer Regelung unklar war jedoch, wie die im gegebenen Zusammenhang angeordnete Beurkundung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung erfolgen musste. Diese scheint aber ohnehin entbehrlich, zumal einem behördlichen Schriftstück im Regelfall die für die Authentizität der Genehmigung erforderliche Beweiskraft wohl auch ohne zusätzliche Beurkundung zukommt.

#### **Verwaltungsgemeinschaften**

Im Nachbarbundesland Vorarlberg wurden sehr positive Erfahrungen mit so genannten „Verwaltungsgemeinschaften“ gemacht. Vor diesem Hintergrund sowie im Hinblick auf eine möglichst effiziente Nutzung vorhandener Ressourcen wird nun auch in Tirol den Gemeinden die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften als weitere Art der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene ermöglicht. Die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft dürfte vor allem für jene Gemeinden in Frage kommen, die eine im Vergleich zu einem Gemeindeverband losere Form der Zusammenarbeit anstreben, da die Selbstständigkeit der beteiligten Gemeinden, ihre Rechte und Pflichten sowie die Zuständigkeit ihrer Organe durch den Zusammenschluss nicht berührt werden. Grundlage für die Bildung einer solchen Gemeinschaft ist eine vom Gemeinderat zu beschließende Vereinbarung, die nach § 60 Abs. 1 an der Amtstafel kundzumachen und der Landesregierung anzuzeigen ist.

#### **Entsendung von Vertretern in Organe von juristischen Personen, an denen die Gemeinde beteiligt ist**

Der Grundsatz der Verhältniswahl gilt aufgrund der Neufassung des § 83 Abs. 2 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 künftig nicht mehr für die Entsendung von Vertretern in Organe von juristischen Personen, an denen die Gemeinde beteiligt ist. Zu denken ist hier beispielsweise an die Entsendung von Gemeindevertretern in Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften.

Die beschriebenen Änderungen werden voraussichtlich bis Ende August im Landesgesetzblatt kundgemacht.

## **33.**

### **TROG-Novelle – Information über die Übertragung von Aufgaben der passiven Breitbandinfrastrukturen auf die Planungsverbände**

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 2. Juli 2015 eine Änderung des Tiroler Raumordnungsgesetzes beschlossen, die es den Planungsverbänden in Zukunft ermöglicht, als Träger von Privatrechten auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses der Verbandsversammlung die Planung, den Bau, die Verlegung, den Betrieb und die Vermarktung von Glasfasernetzen zu besorgen.

Ziel der Novelle ist es, die Bevölkerung und die Wirtschaft mit schnellem und ultraschnellem Breitbandinternet zu versorgen. Diese Technologie entwickelt sich verstärkt zu einem zentralen Teil der modernen regionalen und

kommunalen technischen Infrastrukturen und damit zu einem wesentlichen Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. In den letzten Jahren haben sich hochwertige Breitbandinfrastrukturen für einen ultraschnellen Informationstransfer als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Innovation herausgebildet und sind ein regionaler und kommunaler Standortfaktor von zunehmender Bedeutung in Tirol geworden.

Aus diesem Grund unterstützt das Land Tirol die Gemeinden bei der Errichtung von passiven Breitbandinfrastrukturen wie Glasfasernetzen im Rahmen der sog. Breit-

bandoffensive. Insellösungen können dabei nur vermieden werden, wenn benachbarte Gemeinden zusammenarbeiten; insbesondere LWL-Zubringernetze können sinnvoller Weise nur gemeindeübergreifend realisiert werden. Dabei liegt es nahe, die in Gestalt der Planungsverbände bereits bestehenden Strukturen für die in diesem Zusammenhang notwendige interkommunale Zusammenarbeit zu nutzen, wie auch das diesbezügliche Interesse der beteiligten Gemeinden einer Reihe von Planungsverbänden zeigt. Es scheint daher im Interesse der Ermöglichung einer effektiven interkommunalen Zusammenarbeit beim Breitbandausbau zweckmäßig, die den Planungsverbänden im eigenen Wirkungsbereich zukommenden Aufgaben um die Unterstützung der beteiligten Gemeinden bei der Einrichtung passiver Breitbandinfrastrukturen zu erweitern. Ausgehend davon können die Planungsverbände auf der Grundlage eines Beschlusses der Verbandsversammlung als Träger von Privatrechten die Planung, den Bau, die Verlegung, den Betrieb (dieser umfasst auch die Instandhaltung und Wartung) und die Vermarktung von Glasfasernetzen besorgen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes dürfen zur Besorgung einzelner

Aufgaben der Privatwirtschaftsverwaltung auch durch Gesetz eingerichtete Gemeindeverbände vorgesehen werden (z. B. VfSlg. 13.985/1994; 17.660/2005).

Aus Anlass der vorliegenden Novelle soll zudem hinsichtlich der den Planungsverbänden im übertragenen Wirkungsbereich im Zusammenhang mit sog. Regionalplänen zukommenden Aufgaben eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass deren Ausarbeitung auch selbstständig durch die Planungsverbände erfolgen kann. Durch diese Ergänzung wird den Vollzugserfahrungen der letzten zehn Jahre Rechnung getragen und die zentrale Stellung der Planungsverbände im Bereich der regionalen Raumordnung noch deutlicher betont.

Die Novelle erfordert auch eine Anpassung der bestehenden Verordnungen der Landesregierung über die Bildung von Planungsverbänden und deren Satzung sowie über die Bildung des Planungsverbandes Innsbruck und Umgebung und dessen Satzung. Die entsprechenden Verordnungsentwürfe werden derzeit ausgearbeitet und im Herbst von der Landesregierung beschlossen werden.

Mag. Gert Waizer  
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

## 34.

### Zur Rechtsstellung des übergangenen Nachbarn in der Tiroler Bauordnung

#### Die Rechtslage seit der Tiroler Bauordnung 1998

Gemäß § 26 Abs. 9 Tiroler Bauordnung 2011 – TBO 2011 – erlangt die Baubewilligung mit Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt der Anzeige über die Bauvollendung (§ 37 Abs. 1) auch gegenüber Personen Rechtskraft, denen die Baubewilligung nicht zugestellt worden ist und die ihre Parteistellung bis dahin bei der Behörde nicht geltend gemacht haben.

Die (verfahrensrechtliche) Bestimmung, dass im Bauverfahren übergangene Nachbarn ihre Parteistellung verlieren, wurde erstmals in der Tiroler Bauordnung 1998 normiert (§ 25 Abs. 5 TBO 1998). Während nach dieser Fassung die Baubewilligung mit dem Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt des letztmöglichen Baubeginns gemäß § 27 leg. cit. auch gegenüber Nachbarn Rechtskraft erlangte, denen die Baubewilligung nicht zugestellt worden ist und die ihre Parteistellung bis dahin bei der Behörde nicht geltend gemacht haben, wurde mit der Novelle LGBl. Nr. 48/2011 zur TBO 2001 der für den Eintritt der Rechtskraft der Baubewilligung übergangenen Nachbarn gegen-

über maßgebende Zeitpunkt dahingehend geändert, dass diese ihnen gegenüber mit dem Ablauf des Jahres nach dem Zeitpunkt der Anzeige über die Bauvollendung eintritt. Hintergrund für das nunmehrige Abstellen auf das Vorliegen der Bauvollendungsanzeige waren in der Praxis häufig auftretende Auslegungsprobleme hinsichtlich der Frage, ob unter rechtlich letztmöglichem Baubeginn der tatsächliche oder der hypothetisch letztmögliche Baubeginn zu verstehen ist, dies jedoch nach dem Gesetzeswortlaut offenblieb. Für die Anknüpfung an die Anzeige der Bauvollendung, deren Erstattung in der Hand des Bauherrn liegt, sprach nicht zuletzt die gegenüber dem Nachbarn damit geschaffene Transparenz, weil nunmehr die Bauausführung und damit auch der Zeitpunkt der Bauvollendung nach außen hin ersichtlich sind und insgesamt eine leichtere Administrierbarkeit erwartet wird.

#### Die Rechtsstellung übergangener Nachbarn bei Baubescheiden vor Inkrafttreten der TBO 1998

Während nun für den Verlust der Parteistellung von Nachbarn bei aktuellen Bauverfahren die oben angeführten Regelungen sowie selbstverständlich auch die Rege-

lung des § 42 AVG 1991 zum Tragen kommen, wird zu der jüngst aufgeworfenen Frage der Rechtsstellung des übergangenen Nachbarn bei Bescheiden nach früheren baurechtlichen Vorschriften seitens der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht, nach Befassung mit dem Verfassungsdienst des Amtes der Tiroler Landesregierung, Folgendes klargelegt:

Der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes zufolge ist zur Beurteilung der Parteistellung diejenige Rechtslage maßgebend, die in jenem Verfahren galt, in dem die Parteistellung gewünscht wird (VwGH 2009/05/0057 vom 30. April 2009 unter Hinweis auf VwGH 97/05/0157 vom 2. September 1998). Die Frage, ob eine Partei in einem (Bau)Verfahren zu Unrecht übergangen worden ist und – bejahendenfalls – welche subjektiv öffentlich-rechtlichen (Nachbar-)Rechte sie geltend zu machen berechtigt gewesen wäre, ist im Fall nachfolgender Rechtsänderungen stets nach der Rechtslage im Zeitpunkt der Erlassung des seinerzeitigen (Bau-)Bescheides zu prüfen. Änderungen auf verfahrensrechtlichem Gebiet sind jedoch zu beachten, auch wenn sich das Verfahren (und damit der in der Sache ergehende Bescheid) auf Sachverhalte bezieht, die davor verwirklicht wurden. Von dieser Fallkonstellation ist in Hinblick auf die Rechtsstellung übergangener Nachbarn vor Geltung der Tiroler Bauordnung 1998 auszugehen: Der Baubescheid, der nach früheren baurechtlichen Vorschriften ergangen ist und für dessen rechtmäßiges Zustande-

kommen (materiell und formell) die vormaligen gesetzlichen Vorschriften maßgebend sind, wird von einem übergangenen Nachbarn bekämpft, der hierzu seine Parteistellung erst später (heute) geltend macht. Der verfahrensrechtliche Status eines in einem Baubescheid nach früheren baurechtlichen Vorschriften übergangenen Nachbarn richtet sich demnach nach den aktuell maßgebenden verfahrensrechtlichen Vorschriften, zu denen auch die sonderverfahrensrechtlichen Normen auf baurechtlichem Gebiet zählen, welche seine Rechtsstellung zeitlichen Beschränkungen unterwerfen.

Zusammenfassend ergibt sich, dass der zeitliche Anwendungsbereich des § 26 Abs. 9 der Tiroler Bauordnung 2011, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 187/2014, nicht auf jene Fälle beschränkt ist, in denen die Baubewilligung nach der Tiroler Bauordnung 2001 in der Fassung der Novelle LGBl. Nr. 48/2011 oder nach der Tiroler Bauordnung 2011 erteilt worden ist. § 26 Abs. 9 TBO 2011 findet vielmehr uneingeschränkt auch auf Baubescheide Anwendung, die nach früheren baurechtlichen Vorschriften ergangen sind und damit auch auf jene, die vor dem Inkrafttreten der Tiroler Bauordnung 1998, auf die die heutige Tiroler Bauordnung 2011 zurückgeht, erlassen worden sind. Vor diesem Hintergrund konnte auch auf die Verankerung einer – sohin entbehrlichen – Übergangsbestimmung verzichtet werden.

Mag. Beatrix Steiner  
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

## 35.

### Aktuelle Entscheidungen des VwGH zur Revisionslegitimation der Gemeinde in Verfahren im eigenen Wirkungsbereich

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in zwei aktuellen Entscheidungen (Zl. Ro 2015/16/0001 vom 22. April 2015 und Zl. Ro 2014/17/0144 vom 24. April 2015) mit der Parteistellung der Gemeinde im **Revisionsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof** auseinandergesetzt.

In den beiden Anlassfällen, welche jeweils die Beschreibung von Gemeindeabgaben betrafen, hat das jeweilige Landesverwaltungsgericht den Beschwerden der Abgabepflichtigen Folge gegeben und die Abgabenbescheide der Gemeindebehörden (Gemeindevorstand der Gemeinde B. K. und Abgabenkommission der Stadt D.) aufgehoben und die ordentliche Revision zugelassen.

Gegen diese Erkenntnisse der Landesverwaltungsgerichte erhoben die betroffenen Gemeinden, jeweils vertreten durch den Bürgermeister bzw. durch einen Rechtsanwalt Revision an den Verwaltungsgerichtshof.

Die Revisionen der Gemeinden wurden mit Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes als unzulässig zurückgewiesen. Begründend führte der Verwaltungsgerichtshof Folgendes aus:

Mit der Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz ist der Umfang des aufsichtsbehördlichen Verfahrens insofern deutlich reduziert worden, als das gegen letztinstanzliche Gemeindebescheide im eigenen Wirkungsbereich vorgesehene **Vorstellungsverfahren** entfiel. Dieses wurde **durch das verwaltungsgerichtliche Verfahren ersetzt** in dem **die Gemeindebehörde als belangte Behörde Parteistellung** hat (s. § 18 VwGVG und für Abgabeverfahren § 265 Abs. 5 BAO). Die Entscheidung von Verwaltungsgerichten über Beschwerden gegen verwaltungsbehördliche Bescheide ist kein staatliches Aufsichtsmittel gegenüber Selbstverwaltungseinrichtun-

gen (vgl. dazu näher VwGH 27. November 2014, Ra 2014/03/0039; zur Ausübung der Gemeindeaufsicht durch Behörden der allgemeinen staatlichen Verwaltung vgl. auch Art. 119a Abs. 3 B-VG).

Die Revisionslegitimation der Gemeinde in Bezug auf eine Entscheidung eines Verwaltungsgerichts über eine Beschwerde gegen einen gemeindebehördlichen Bescheid im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde kann sich daher nicht auf **Art. 119a Abs. 9 2. Satz B-VG** stützen, weil diese Bestimmung nach ihrem systematischen Zusammenhang nur die **Revisionslegitimation der Gemeinde betreffend eine aufsichtsbehördliche Entscheidung** beinhaltet.

Demgegenüber wurde das das Vorstellungsverfahren ersetzende Beschwerdeverfahren gegen gemeindebehördliche Entscheidungen nicht im Abschnitt A des 5. Hauptstücks des B-VG angesiedelt, sondern in den neuen Abschnitt A „Verwaltungsgerichtsbarkeit“ des 7. Hauptstücks des B-VG integriert (vgl. Art. 132 Abs. 6 B-VG). Es erfolgte somit eine **klare Trennung zwischen** dem (gegenüber der Rechtslage vor Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit reduzierten) **Verfahren zur Ausübung des Aufsichtsrechts über Gemeinden** und dem **Verfahren über Beschwerden gegen letztinstanzliche Gemeindebescheide** in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde. Daraus ergibt sich, dass sich Art. 119a Abs. 9 2. Satz B-VG nur auf aufsichtsbehördliche Entscheidungen bezieht.

In den **gegenständlichen Revisionsverfahren** hätte somit **die jeweilige Abgabenbehörde** (Gemeindevorstand der Gemeinde B. K. bzw. Abgabenkommission der Stadt D.) **als belangte Behörde Revision** erheben müssen, da keine

aufsichtsbehördliche Entscheidung Gegenstand der Verfahren vor den Landesverwaltungsgerichten war, sondern im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zu vollziehende Abgabensachen.

Daraus ergibt sich, dass im Fall, dass gegen ein Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichtes, welches einen Bescheid einer Gemeindebehörde zum Gegenstand hat, **ausschließlich die Gemeindebehörde**, die den bekämpften Bescheid erlassen hat, **Revision** erheben kann. Dies wird **in Tirol** im Wesentlichen **der Bürgermeister** (im Bereich der Stadt Innsbruck allenfalls der Stadtmagistrat) sein, da dieser sowohl in Administrativ- wie in Abgabenverfahren Behörde ist und – mit Ausnahme der bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches – kein Instanzenzug innerhalb der Gemeinde mehr besteht. Die **Revision** ist daher vom **Bürgermeister als belangte Behörde** und nicht von der Gemeinde vertreten durch den Bürgermeister einzubringen.

Weiters wird auf ausgewählte Entscheidungen auf der Homepage des Landesverwaltungsgerichtes Tirol, [www.lvwg-tirol.gv.at](http://www.lvwg-tirol.gv.at) hingewiesen.

Im Fall des Einlangens einer Beschwerde im Zuge eines Verwaltungsverfahrens hat – sofern die Behörde nicht von der Möglichkeit einer Beschwerdeentscheidung Gebrauch macht – die Aktenvorlage an das Landesverwaltungsgericht vollständig (hierbei ist auch insbesondere auf die lückenlose Übermittlung von Rückscheinen bzw. Zustellnachweisen zu achten), chronologisch geordnet, im Original und möglichst ohne zeitliche Verzögerung zu erfolgen.

36.

Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2014

Table with 21 columns: 16 for districts (Bezirk-Anzahl der Gemeinden, Imst-24 G, Ibk.-Land-65 G, Kitzbühel-20 G, Kufstein-30 G, Landeck-30 G, Lienz-33 G, Reutte-37 G, Schwaz 39 G), 3 for districts (Su. Bezirke -278 G, Ibk.-Stadt-1 G), and 2 for sum (Summe Tirol 279 G). Rows include demographic data and financial items like Einnahmen, Ausgaben, Steuern, and Vermögens items.

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96\*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche, Sonstige Abgaben etc.; 4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Minusbeträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfsausgleich, Werbeabgabe und Werbesteuer-Ausgl., Ausgl.Voranteil und Ausgl.Selbstträgerschaft; 6) Spielbankabgabe Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benützungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanal, Wasser etc.); 8) BDZW an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden; 9) inkl. Sprengelärzte; 10) Vollbeschäftigungsäquivalente; ohne Saisonbeschäftigte

## 37.

## Finanzdaten der Gemeinden Tirols – Entwicklung 2012 bis 2014

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL					
	2012 (278 Gem.)		2013 (278 Gem.)		2014 (278 Gem.)		2012		2013		2014		2012 (279 Gem.)		2013 (279 Gem.)		2014 (279 Gem.)	
Einwohnerzahl lt. Registerzg. 2010/11/12	587.713		589.702		592.602		119.860		119.617		122.510		707.573		709.319		715.112	
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel 2014	952.114		955.357		960.070		279.673		279.106		285.857		1.231.788		1.234.463		1.245.927	
Finanzkraft I für 2014	95.183.149		98.913.062		102.834.015		25.614.790		26.529.729		27.212.279		120.797.939		125.442.791		130.046.294	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.418.221.268	2.413	1.477.368.264	2.505	1.536.654.605	2.593	312.585.361	2.608	323.196.481	2.702	347.574.773	2.837	1.730.806.629	2.446	1.800.564.745	2.538	1.884.229.378	2.635
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	162.408.211	276	195.952.178	332	203.669.238	344	39.719.354	331	43.995.332	368	71.302.035	582	202.127.565	286	239.947.510	338	274.971.273	385
<b>3 Gesamteinnahmen</b>	<b>1.580.629.479</b>	<b>2.689</b>	<b>1.673.320.442</b>	<b>2.838</b>	<b>1.740.323.842</b>	<b>2.937</b>	<b>352.304.715</b>	<b>2.939</b>	<b>367.191.813</b>	<b>3.070</b>	<b>418.876.808</b>	<b>3.419</b>	<b>1.932.934.194</b>	<b>2.732</b>	<b>2.040.512.255</b>	<b>2.877</b>	<b>2.159.200.651</b>	<b>3.019</b>
4 Personalaufwand 2)	286.792.334	488	297.768.975	505	308.565.710	521	66.872.627	558	68.508.855	573	69.969.260	571	353.664.961	500	366.277.830	516	378.534.970	529
5 Sachaufwand	1.124.815.370	1.914	1.173.965.491	1.991	1.215.044.431	2.050	245.656.516	2.050	254.948.372	2.131	277.721.815	2.267	1.370.471.886	1.937	1.428.913.863	2.014	1.492.766.245	2.087
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.411.607.704	2.402	1.471.734.466	2.496	1.523.610.140	2.571	312.529.143	2.607	323.457.228	2.704	347.691.075	2.838	1.724.136.847	2.437	1.795.191.694	2.531	1.871.301.215	2.617
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	156.432.743	266	203.995.859	346	212.271.342	358	39.719.354	331	43.995.332	368	71.302.035	582	196.152.097	277	247.991.190	350	283.573.377	397
<b>8 Gesamtausgaben</b>	<b>1.568.040.447</b>	<b>2.668</b>	<b>1.675.730.324</b>	<b>2.842</b>	<b>1.735.881.482</b>	<b>2.929</b>	<b>352.248.497</b>	<b>2.939</b>	<b>367.452.559</b>	<b>3.072</b>	<b>418.993.110</b>	<b>3.420</b>	<b>1.920.288.944</b>	<b>2.714</b>	<b>2.043.182.884</b>	<b>2.880</b>	<b>2.154.874.592</b>	<b>3.013</b>
Eigene Steuern:																		
9 Grundsteuer A	979.147	2	977.047	2	975.319	2	11.465	0	11.863	0	12.075	0	990.612	1	988.911	1	987.394	1
10 Grundsteuer B	50.249.151	85	51.888.831	88	52.966.743	89	10.860.640	91	10.987.642	92	11.073.590	90	61.109.791	86	62.876.473	89	64.040.333	90
11 Kommunalsteuer	166.529.272	283	174.009.959	295	180.799.387	305	49.455.662	413	51.633.708	432	53.558.166	437	215.984.934	305	225.643.667	318	234.357.553	328
12 Vergnügungssteuer	992.629	2	1.141.275	2	1.144.275	2	755.353	6	1.064.161	9	1.111.467	9	1.747.982	2	2.205.436	3	2.255.742	3
13 Hundesteuer	1.261.762	2	1.368.387	2	1.422.514	2	320.598	3	343.995	3	367.250	3	1.582.360	2	1.712.381	2	1.789.764	3
14 Gebrauchsabgabe	6.249.066	11	6.657.431	11	6.897.562	12	8.217.415	69	10.500.197	88	7.775.302	63	14.466.481	20	17.157.628	24	14.672.864	21
15 Verwaltungsabgabe	3.346.419	6	3.281.321	6	3.342.712	6	1.648.790	14	1.710.562	14	1.673.717	14	4.995.209	7	4.991.883	7	5.016.429	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	2.987.488	5	3.191.079	5	3.434.421	6	5.867.778	49	6.019.559	50	6.420.475	52	8.855.266	13	9.210.638	13	9.854.896	14
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-185.197	0	-308.014	-1	-439.123	-1	-43.477	0	-88.065	-1	-11.982	0	-396.080	0	-451.106	-1	-451.106	-1
18 Interessentenbeiträge n. VerksAufschlAbgG	25.347.231	43	23.287.869	39	24.252.194	41	3.727.222	31	4.915.679	41	3.789.693	31	29.074.453	41	28.203.548	40	28.041.887	39
<b>19 Summe Eigene Steuern</b>	<b>257.756.967</b>	<b>439</b>	<b>265.495.184</b>	<b>450</b>	<b>274.796.004</b>	<b>464</b>	<b>80.821.447</b>	<b>674</b>	<b>87.099.301</b>	<b>728</b>	<b>85.769.753</b>	<b>700</b>	<b>338.578.413</b>	<b>479</b>	<b>352.594.485</b>	<b>497</b>	<b>360.565.756</b>	<b>504</b>
20 Abgabenertragsanteile 5)	444.929.194	757	463.099.220	785	476.559.144	804	142.069.160	1.185	148.101.936	1.238	153.761.501	1.255	586.998.353	830	611.201.156	862	630.320.646	881
21 Spielbankabgabe 6)	1.272.116	2	1.053.699	2	1.251.788	2	1.001.365	8	934.252	8	1.028.931	8	2.273.481	3	2.273.481	3	2.280.719	3
22 Getränkesteuer ausgleich	52.311.608	89	53.940.350	91	54.703.186	92	9.140.155	76	9.430.108	79	9.603.091	78	61.451.763	87	63.370.458	89	64.306.277	90
<b>23 Summe Abgabenertragsanteile</b>	<b>498.512.918</b>	<b>848</b>	<b>518.093.269</b>	<b>879</b>	<b>532.514.118</b>	<b>899</b>	<b>152.210.679</b>	<b>1.270</b>	<b>158.466.296</b>	<b>1.325</b>	<b>164.393.523</b>	<b>1.342</b>	<b>650.723.597</b>	<b>920</b>	<b>676.559.565</b>	<b>954</b>	<b>696.907.641</b>	<b>975</b>
24 Weitere Einnahmen:																		
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 7)	152.250.203	259	155.730.982	264	161.887.483	273	17.842.537	149	18.362.784	154	19.215.626	157	170.092.740	240	174.093.766	245	181.103.109	253
26 Bedarfswisungen 8)	76.086.363	129	76.660.887	130	88.383.193	149	9.000.000	75	9.000.000	75	9.000.000	73	85.086.363	120	85.660.887	121	97.383.193	136
<b>27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26</b>	<b>984.606.451</b>	<b>1.675</b>	<b>1.015.980.322</b>	<b>1.723</b>	<b>1.057.580.798</b>	<b>1.785</b>	<b>259.874.663</b>	<b>2.168</b>	<b>272.928.381</b>	<b>2.282</b>	<b>278.378.902</b>	<b>2.272</b>	<b>1.244.481.113</b>	<b>1.759</b>	<b>1.288.908.703</b>	<b>1.817</b>	<b>1.335.959.700</b>	<b>1.868</b>
<b>Verpflichtungen zum 31.12.:</b>																		
28 Darlehensaufnahmen	76.343.989	130	92.044.782	156	91.153.572	154	0	0	0	0	0	0	76.343.989	108	92.044.782	130	91.153.572	127
29 Schuldzinsen	13.071.552	22	9.851.548	17	10.268.566	17	213.867	2	210.977	2	216.190	2	13.285.418	19	10.062.524	14	10.484.756	15
30 laufende Schuldentilgung	62.138.588	106	66.110.410	112	66.295.694	112	787.801	7	220.888	2	240.340	2	62.926.388	89	66.331.298	94	66.536.033	93
31 Schuldenstand zum 31.12.	758.824.508	1.291	766.198.519	1.299	777.444.295	1.312	13.504.931	113	13.284.043	111	13.043.703	106	772.329.439	1.092	779.482.562	1.099	790.487.998	1.105
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	493.341.592	839	582.614.513	988	546.603.015	922	177.643.607	1.482	161.975.663	1.354	134.223.369	1.096	670.985.199	948	744.590.176	1.050	680.826.384	952
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	78.791.310	134	83.876.050	142	72.664.324	123	0	0	0	0	0	0	78.791.310	111	83.876.050	118	72.664.324	102
<b>Vermögen zum 31.12.:</b>																		
34 Zuführungen an Rücklagen	33.944.841	58	45.036.329	76	36.226.351	61	478.574	4	4.627.774	39	9.504.765	78	34.423.415	49	49.664.103	70	45.731.116	64
35 Stand an Rücklagen	116.419.333	198	120.368.048	204	121.637.633	205	19.909.013	166	24.455.685	204	33.510.450	274	136.328.346	193	144.823.733	204	155.148.083	217
36 Stand an Darlehensforderungen	9.211.600	16	11.028.582	19	15.316.631	26	9.754.759	81	9.497.800	79	11.777.060	96	18.966.359	27	20.526.382	29	27.093.692	38
37 Stand an Beteiligungen	169.224.307	288	183.054.250	310	200.915.523	339	24.773.509	207	24.787.409	207	26.257.528	214	193.997.816	274	207.841.659	293	227.173.052	318
38 Stand an Wertpapieren	16.963.946	29	8.835.866	15	8.852.210	15	0	0	32.988.697	276	70.433.760	575	16.963.946	24	41.824.563	59	79.285.970	111
39 Zuführung an a.o. Haushalt	31.879.843	54	36.897.888	63	39.995.166	67	13.277.248	111	12.880.277	108	17.328.578	141	45.157.090	64	49.778.175	70	57.323.743	80
40 Zahl der Beamten 9)	282		263		252		208		192		178		490		455		430	
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	6.203		6.398		6.621		1.288		1.313		1.431		7.491		7.672		8.052	
<b>42 Summe ständig Bedienstete (VBÄ) 10)</b>	<b>6.485</b>		<b>6.661</b>		<b>6.873</b>		<b>1.496</b>		<b>1.505</b>		<b>1.609</b>		<b>7.981</b>		<b>8.127</b>		<b>8.482</b>	

Anmerkung: 1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96\*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben: Parkabgaben, Kommissionsgebühren, Nebenansprüche, Sonstige Abgaben etc.;

4) Sonstige alte Gemeindeabg.: Gewerbesteuer, Getränkesteuer, Minusbeträge resultieren aus Rückerstattungen (i.w. Getränkesteuer); 5) inkl. Bedarfswisungen, Werbeabgaben und Werbeabgaben-Ausgl., Ausgl.Voranteil und Ausgl.Selbstträgerschaft;

6) Spielbankabgabe Innsbruck, Seefeld und Kitzbühel; 7) Benutzungsgebühren nach § 15 Abs. 3 Z. 4 FAG (Kanal, Wasser etc.); 8) BDZW an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden;

9) inkl. Sprengelärzte; 10) Vollbeschäftigungsäquivalente; ohne Saisonbeschäftigte



## 38.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden August 2015

Ertragsanteile an	August		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	-579.598	-518.600	60.999	10,52
Lohnsteuer	20.347.074	22.533.392	2.186.318	10,75
Kapitalertragsteuer	2.563.650	2.451.145	-112.505	-4,39
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	551.650	1.059.968	508.318	92,14
Körperschaftsteuer	-1.214.010	-1.228.792	-14.782	-1,22
Abgeltungssteuern Schweiz	6.496	-34.060	-40.556	-624,30
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	33.946	33.946	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	604	1.423	820	135,76
Stiftungseingangssteuer	27.717	7.261	-20.456	-73,80
Bodenwertabgabe	7.592	17.563	9.970	131,32
Stabilitätsabgabe	1	-12.788	-12.789	-99,99
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>21.711.176</b>	<b>24.310.458</b>	<b>2.599.282</b>	<b>11,97</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	20.925.362	21.760.997	835.635	3,99
Abgabe von alkoholischen Getränken	32	21	-11	-35,23
Tabaksteuer	2.056.356	1.378.758	-677.598	-32,95
Biersteuer	165.220	150.122	-15.098	-9,14
Mineralölsteuer	3.438.357	3.254.040	-184.318	-5,36
Alkoholsteuer	31.569	88.747	57.178	181,12
Schaumweinsteuer	2.607	12.375	9.768	374,66
Kapitalverkehrsteuern	40.486	50.661	10.175	25,13
Werbeabgabe	270.080	371.987	101.907	37,73
Energieabgabe	832.180	1.183.155	350.975	42,18
Normverbrauchsabgabe	430.687	406.134	-24.553	-5,70
Flugabgabe	79.788	86.273	6.485	8,13
Grunderwerbsteuer	7.126.663	10.111.795	2.985.132	41,89
Versicherungssteuer	924.131	973.617	49.486	5,35
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.949.284	1.923.906	-25.378	-1,30
KFZ-Steuer	4.593	-656	-5.248	-114,27
Konzessionsabgabe	181.950	202.362	20.411	11,22
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>38.459.344</b>	<b>41.954.292</b>	<b>3.494.948</b>	<b>9,09</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>37.580.261</b>	<b>41.075.209</b>	<b>3.494.948</b>	<b>9,30</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Summe Ertragsanteile der Gemeinden</b>	<b>59.291.437</b>	<b>65.385.667</b>	<b>6.094.230</b>	<b>10,28</b>
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.572.619	5.791.016	218.397	3,92
Werbesteuerausgleich	43.306	59.550	16.244	37,51
Werbeabgabe nach der Volkszahl	226.774	312.437	85.663	37,77
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

## 39.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis August 2015

Ertragsanteile an	Jänner - August		Änderung	
	2014	2015	in Euro	in %
<b>EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	19.540.000	20.388.376	848.375	4,34
Lohnsteuer	161.260.967	168.661.258	7.400.291	4,59
Kapitalertragsteuer	10.580.169	13.066.612	2.486.444	23,50
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	4.562.428	5.932.568	1.370.140	30,03
Körperschaftsteuer	36.189.050	37.627.088	1.438.038	3,97
Abgeltungssteuern Schweiz	694.425	-274	-694.699	-100,04
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	111.673	111.673	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	95.704	90.708	-4.997	-5,22
Stiftungseingangssteuer	64.020	621.750	557.730	871,18
Bodenwertabgabe	450.402	474.369	23.968	5,32
Stabilitätsabgabe	2.694.357	2.295.959	-398.398	-14,79
<b>Su. Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>236.131.522</b>	<b>249.270.086</b>	<b>13.138.564</b>	<b>5,56</b>
<b>SONSTIGE STEUERN:</b>				
Umsatzsteuer *)	161.119.281	164.091.239	2.971.959	1,84
Abgabe von alkoholischen Getränken	191	307	115	60,22
Tabaksteuer	10.504.636	10.897.090	392.455	3,74
Biersteuer	1.084.843	1.071.777	-13.066	-1,20
Mineralölsteuer	24.557.192	24.665.076	107.884	0,44
Alkoholsteuer	1.417.528	672.383	-745.145	-52,57
Schaumweinsteuer	11.378	111.826	100.448	882,86
Kapitalverkehrssteuern	642.902	364.687	-278.215	-43,27
Werbeabgabe	2.682.015	2.678.779	-3.236	-0,12
Energieabgabe	6.214.389	6.092.944	-121.445	-1,95
Normverbrauchsabgabe	2.909.579	2.518.145	-391.434	-13,45
Flugabgabe	600.460	633.033	32.573	5,42
Grunderwerbsteuer	57.513.474	67.737.545	10.224.070	17,78
Versicherungssteuer	7.223.851	7.527.375	303.524	4,20
Motorbezogene Versicherungssteuer	11.438.237	12.479.339	1.041.101	9,10
KFZ-Steuer	279.078	246.810	-32.268	-11,56
Konzessionsabgabe	1.469.078	1.617.499	148.421	10,10
<b>rechnungsmäßig Ertragsanteile</b>	<b>289.668.112</b>	<b>303.405.854</b>	<b>13.737.742</b>	<b>4,74</b>
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	7.032.667	7.032.667	0	0,00
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>282.635.445</b>	<b>296.373.187</b>	<b>13.737.742</b>	<b>4,86</b>
Kunstförderungsbeitrag	84.708	85.382	674	0,80
<b>Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>518.617.066</b>	<b>545.494.878</b>	<b>26.877.812</b>	<b>5,18</b>
Zwischenabrechnung	1.148.232	-1.970.055	-3.118.287	-271,57
<b>Ertragsanteile gesamt</b>	<b>519.765.298</b>	<b>543.524.823</b>	<b>23.759.525</b>	<b>4,57</b>
*) davon:				
Getränksteuerenausgleich	43.252.589	44.155.939	903.350	2,09
Getränksteuerenausgleich ZWA	118.400	546.530	428.130	361,60
Summe Getränksteuerenausgleich	43.370.989	44.702.469	1.331.480	3,07
Werbesteuerausgleich	430.047	428.835	-1.212	-0,28
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.251.968	2.249.944	-2.024	-0,09

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JUNI 2015

(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2015 (endgültig)	Juni 2015 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	111,1	111,2
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	121,7	121,8
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	134,5	134,7
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	141,5	141,7
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	185,1	185,3
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	287,7	288,0
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	504,9	505,4
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	643,4	644,0
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	645,5	646,1

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Juni 2015 beträgt 111,2 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Mai 2015 um 0,1% gestiegen (Mai 2015 gegenüber April 2015: + 0,3%). Gegenüber Juni 2014 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (Mai 2015/2014: +1,0%).

### MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck